

Christian Albrecht
Pressesprecher

Vi.S.d.P.

F.D.P. Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Landeshaus, 24171 Kiel
Postfach 7121
Telefon: 0431/9881488
Telefax: 0431/9881497
E-Mail: fraktion@fdp-sh.de
Internet: <http://www.fdp-sh.de>

Nr. 258/2000

Kiel, Freitag, 10. November 2000

Bildungspolitik/Hochschulen

Ekkehard Klug: Fusion von Universität und Fachhochschule in Flensburg ist nicht sinnvoll



Zu dem vom Rektorat der Flensburger Universität unterbreiteten Vorschlag, die Universität in der Fördestadt mit der Fachhochschule Flensburg zu fusionieren, erklärt der bildungspolitische Sprecher der schleswig-holsteinischen F.D.P.-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Das dreißig Jahre alte Konzept der Gesamthochschule kann keine sinnvolle Zukunftsperspektive für den Hochschulstandort Flensburg bieten. Ein solcher Rückgriff in die Mottenkiste der deutschen Hochschulpolitik wäre bundesweit ein Kuriosum. Weder die Universität noch die Fachhochschule könnten davon profitieren. Im Gegenteil: Ihr jeweiliges Profil und ihre überregionale Attraktivität würden aufgrund der Außenseiterrolle eines ‚spätentwickelten‘ Gesamthochschulmodells sogar Schaden nehmen.“

Zu der auch von Seiten der Landesregierung erhobenen Forderung nach einer stärkeren Kooperation der beiden Flensburger Hochschulen meinte Klug:

„Denkbar wäre, dass bestimmte Bereiche der Verwaltung und der Infrastruktur beider Hochschulen im Sinne eines echten Outsourcing ausgegliedert werden und dann als eigenständige Hochschul-Serviceeinrichtung Dienstleistungsfunktionen für Universität und Fachhochschule übernehmen.“

Als Beispiel nannte der F.D.P.-Hochschulpolitiker die an allen Hochschulen zur Handhabung der neuartigen Globalhaushalte erforderliche Entwicklung neuer Strukturen für Controlling und Rechnungswesen. Statt hierfür an jeder Hochschule einen eigenen Apparat aufzubauen, könnte die Schaffung einer entsprechenden Serviceeinrichtung zu Synergieeffekten führen.

Im Gegensatz zu dem innovativen Modell eines Outsourcing seien Kooperationslösungen im Rahmen herkömmlicher Hochschulstrukturen von vornherein als unpraktikabel anzusehen: „Wenn jeweils zwei Rektorate, zwei Hochschulsenate, zwei Personalräte und zwei Frauenbeauftragte über Angelegenheiten gemeinsamer Bereiche

Presseinformation

mitzureden hätten, dann wäre ein solches monströses Gebilde niemals funktionsfähig“, stellte Klug fest.

Des weiteren hob der F.D.P.-Bildungspolitiker hervor, dass beide Flensburger Hochschulen sowohl bei der Entwicklung der Studentenzahlen als auch hinsichtlich ihres Profils eine positive Bilanz vorweisen könnten. Ein Problem bleibe die finanzielle Absicherung dieser Entwicklung. Dass hier schrittweise Verbesserungen möglich seien, habe die F.D.P.-Landtagsfraktion jedoch mit ihren Haushaltsinitiativen unter Beweis gestellt. Nach den Vorstellungen der Liberalen sollen die beiden Flensburger Hochschulen im nächsten Jahr zusammen rund zwei Millionen DM zusätzlich vom Land erhalten.

Die Fusion zweier ungleicher Hochschulen zu einer Gesamthochschule würde demgegenüber bei gleichbleibender Finanzausstattung lediglich die Gefahr heftiger interner Verteilungskonflikte heraufbeschwören - Konflikte, die sich im gereizten Klima zwischen den beiden Rektoraten bereits ankündigten.

Klug warnte, ein fortdauernder Streit am Hochschulstandort Flensburg könnte Kräfte binden, die Universität und Fachhochschule für viel wichtigere inhaltliche Aufgaben benötigten. Die Flensburger Universität werde wegen des absehbaren Lehrermangels in den nächsten Jahren für das Land wichtiger denn je. „Unabhängig von der von mir kürzlich erhobenen Forderung, parallel auch in Kiel wieder bestimmte Lehramtsstudiengänge anzubieten, ist eines völlig klar: Ohne eine wachsende Ausbildungsleistung der Flensburger Universität ist der Lehrernachwuchs in diesem Jahrzehnt für unser Land überhaupt nicht zu sichern!“

Dass die Fachhochschule Flensburg - so Klug weiter - an Innovationsfähigkeit und Attraktivität gewinne, habe in diesem Wintersemester beispielsweise der enorme Zuspruch zum neuen Studiengang Medieninformatik verdeutlicht. Dieser positive Trend am Hochschulstandort Flensburg dürfe jetzt nicht durch eine abwegige Gesamthochschuldiskussion in Gefahr gebracht werden.

An die Adresse der Landesregierung richtete Klug die Forderung: „Statt nur mit erhobenem Zeigefinger nach mehr Kooperation zwischen FH und Uni zu rufen, sollte das Land konstruktiv an einem Konzept für eine ausgegliederte Service-Einrichtung mitarbeiten, die künftig für beide Hochschulen Dienstleistungen erbringen kann. Und für Forschung und Lehre an Uni und FH ist eine finanzielle Absicherung der Hochschulentwicklung, wie sie die F.D.P.-Landtagsfraktion für den Haushalt 2001 vorgeschlagen hat, ebenso notwendig wie machbar“.